



Michail Chodorkowski in einem Moskauer Gericht: Der Ex-Chef von Yukos sitzt wegen Steuerbetrugs in Haft und ist nun wegen Öldiebstahls angeklagt.

MICHAIL CHODORKOWSKIJ

„Ich bin nicht mehr so naiv wie früher“

Der inhaftierte Ex-Chef des Ölkonzerns Yukos äußert sich zu seinem neuen Verfahren und Russlands Reformen. Im Gefängnis kann der Ex-Oligarch nur über Anwälte kommunizieren. Die Fragen beantwortete er schriftlich.

Florian Willershausen
Moskau

Handelsblatt: Nach zwei Verurteilungen wegen Steuerbetrugs werden Sie wegen des Diebstahls von Öl angeklagt. Verstehen Sie, wie diese Vorwürfe zusammenpassen?
Michail Chodorkowski: Nein. Die Vorwürfe sind weder logisch noch konsequent. Wenn eine Firma des Anklagen laut Anklage Steuern hinterzogen hat, kann man dieselbe Person nicht des Diebstahls von Öl bei dieser Firma beschuldigen. Yukos hat Steuern auf den Ölverkauf gezahlt. Folglich konnte nicht das gesamte Öl gestohlen worden sein. Dessen werde ich aber beschuldigt.

HB: Welches Urteil droht Ihnen im schlimmsten Falle?
Chodorkowski: 22,5 Jahre Haft.

HB: Was ist aus Ihrer Sicht der Grund für die erneute Anklage?
Chodorkowski: Offensichtlich versuchen einige Bürokraten, die sich an der Ausplünderung meines Vermögens bereichert haben, meine Freilassung hinauszuzögern. Sie fürchten, nach dem Ende der Gerichtsverfahren für die Plünderung von Yukos und meiner Stiftung „Offenes Russland“ zur Verantwortung gezogen zu werden.

HB: Haben Sie die Hoffnung, in einigen Jahren aus dem Gefängnis entlassen zu werden?
Chodorkowski: Ich bin kein Fanatiker oder Märtyrer, sondern ein leibhaftiger Mensch mit Familie, Freunden und Hobbys. Natürlich gebe ich die Hoffnung auf Freiheit nicht auf. Aber ich bin Realist genug, um zu verstehen, was für große Kräfte gegen mich, das Gesetz und den gesunden Menschenverstand arbeiten, um mich im Knast zu halten. Ich hoffe aber, dass eines Tages die Interessen des Staates die Oberhand über die kleinteiligen Interessen der Bürokraten und über die „Silowiki“ ge-

winnen [autoritär orientierte Machtgruppen, d. Red.].
HB: Wie hat sich Ihr Leben verändert, seit Sie am 24. Oktober 2003 in Haft genommen wurden?
Chodorkowski: Ich bin nicht mehr so naiv und idealistisch wie früher. Bis zur Verurteilung dachte ich, mir geschehe nichts, weil ich nichts Böses getan habe. Ein Gericht wird sich an meine Seite stellen. Heute bin ich mir nicht mehr sicher.
HB: Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte läuft ein Verfahren der Yukos-Anleger. Die Zerschlagung Ihres Ölkonzerns wird aufgerollt. Unterstützen Sie die Kläger?
Chodorkowski: Ich bin weder Aktionär noch Manager von Yukos und somit nicht beteiligt. Für mich ist die Position Russlands interessant, da es Überschneidungen zwischen den Verfahren gibt. In Straßburg versucht Russland zu beweisen, dass Yukos Öl gefördert und verkauft, sowie Erlöse und Gewinn erwirtschaftet hat. Und dass Yukos Steuern bezahlt hat - nur eben weniger als gefordert. In Straßburg widerspricht die russische Justiz also der Anklage in Moskau.
HB: Angenommen, die Richter in Straßburg entscheiden im Sinne der Kläger: Glauben Sie, Sie könnten über ein Revisionsverfahren in Russland freikommen?
Chodorkowski: Nein. Dass die russischen Gerichte einheitlich argumentieren und entscheiden, ist heute nur ein Traum.
HB: Könnte ein Urteil politische Auswirkungen auf die Rechtssicherheit in Russland haben?
Chodorkowski: Das Problem liegt innerhalb Russlands. Man kann ein Land dazu nicht zwingen. Die Bürger müssen selbst einsehen, dass Rechtssicherheit ein notwendiges Gut ist und sie einfordern. Ich denke, es wird bald dazu kommen.

winnen [autoritär orientierte Machtgruppen, d. Red.].

HB: Wie hat sich Ihr Leben verändert, seit Sie am 24. Oktober 2003 in Haft genommen wurden?
Chodorkowski: Ich bin nicht mehr so naiv und idealistisch wie früher. Bis zur Verurteilung dachte ich, mir geschehe nichts, weil ich nichts Böses getan habe. Ein Gericht wird sich an meine Seite stellen. Heute bin ich mir nicht mehr sicher.

HB: Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte läuft ein Verfahren der Yukos-Anleger. Die Zerschlagung Ihres Ölkonzerns wird aufgerollt. Unterstützen Sie die Kläger?
Chodorkowski: Ich bin weder Aktionär noch Manager von Yukos und somit nicht beteiligt. Für mich ist die Position Russlands interessant, da es Überschneidungen zwischen den Verfahren gibt. In Straßburg versucht Russland zu beweisen, dass Yukos Öl gefördert und verkauft, sowie Erlöse und Gewinn erwirtschaftet hat. Und dass Yukos Steuern bezahlt hat - nur eben weniger als gefordert. In Straßburg widerspricht die russische Justiz also der Anklage in Moskau.

HB: Angenommen, die Richter in Straßburg entscheiden im Sinne der Kläger: Glauben Sie, Sie könnten über ein Revisionsverfahren in Russland freikommen?
Chodorkowski: Nein. Dass die russischen Gerichte einheitlich argumentieren und entscheiden, ist heute nur ein Traum.

HB: Könnte ein Urteil politische Auswirkungen auf die Rechtssicherheit in Russland haben?
Chodorkowski: Das Problem liegt innerhalb Russlands. Man kann ein Land dazu nicht zwingen. Die Bürger müssen selbst einsehen, dass Rechtssicherheit ein notwendiges Gut ist und sie einfordern. Ich denke, es wird bald dazu kommen.

Ein Staat kann nicht dauerhaft ohne Rechtssicherheit überleben.

HB: Warum tut sich Russland so schwer, rechtsstaatliche und demokratische Strukturen einzuführen?
Chodorkowski: Die Schaffung dieser Strukturen braucht Zeit. Andere Länder haben Jahrhunderte gebraucht, Russland verfügt erst seit Kurzem über eine rechtsstaatliche Verfassung. Ich bin sicher, dass Russland es irgendwann schafft.

HB: Präsident Dmitrij Medwedjew lässt keine Gelegenheit aus, Brandreden zur Modernisierung zu halten. Schenken Sie ihm Glauben?
Chodorkowski: Ich sehe im Moment keine Anzeichen, dass Medwedjew das nicht aufrichtig meint. Die Gesellschaft und die Eliten sollen den Präsidenten unterstützen und nicht bloß untätig beobachten.

HB: Woran krankt Russland?
Chodorkowski: Vom Stand der Entwicklung her ist unsere Staatswirtschaft Mitte des 20. Jahrhunderts stehen geblieben. Heute sind Industriewirtschaft und maximale Zentralisierung der Verwaltung nicht mehr effektiv. Deshalb verliert Russland an Wettbewerbsfähigkeit.

HB: Was sind Ihre Pläne, wenn Sie eines Tages wieder in Freiheit sind?
Chodorkowski: Dann werde ich mich vor allem mit meiner Familie beschäftigen. Meine Kinder sind ohne mich groß geworden, ich habe nicht einmal meine neugeborene Enkelin gesehen. Was meine berufliche Tätigkeit angeht, so würden mich alternative Energie und moderne Bildung interessieren. Im Leben werde ich mich nicht mehr im Ölgeschäft engagieren.

Porträt Chodorkowski Seite 62

H Das komplette Interview lesen Sie unter handelsblatt.com/chodorkowski

GROSSBRITANNIEN

London weist israelischen Diplomaten wegen Hamas-Mordfalls aus

In der Affäre um die Ermordung eines Hamas-Kommandeurs in Dubai hat Großbritannien einen israelischen Diplomaten des Landes verwiesen. Es gebe zwingende Gründe für die Annahme, dass Israel die britischen Pässe gefälscht habe, die von den mutmaßlichen Tätern verwendet worden seien, begründete Außenminister David Miliband den Schritt gestern im Parlament. Dieser Vorgang sei nicht hinnehmbar. Er habe von der israelischen Regierung die Zusicherung verlangt, dass sich so etwas nicht wiederhole, sagte Miliband weiter. Die israelische Regierung bedauerte die Ausweisung des Diplomaten aus Großbritannien. „Sie (die Briten) haben zu keiner Zeit Beweise dafür vorgelegt, dass Israel in die Affäre verwickelt ist“, teilte Israels Außenminister Avigdor Lieberman mit. Israel hat eine Beteiligung seines Geheimdienstes Mossad an der Tötung von Mahmud al-Mabhuhi im Januar weder bestätigt noch zurückgewiesen. Die Verdächtigen hatten nach Angaben der Behörden des Emirats für ihre Einreise unter anderem gefälschte britische, französische und deutsche Pässe benutzt. Reuters/dpa

Reisebeschränkung bei Entführungsrisiko zulässig

Deutschland darf Bürgern die Reise in unsichere Länder verbieten und die Gültigkeit von Reisepässen einschränken. Drohen ein hohes Entführungsrisiko und damit hohe Lösegeldforderungen an Deutschland ist ein Reiseverbot rechtmäßig. Das entschied das Verwaltungsgericht Stuttgart (Az: 11 K 67/10). Eine Frau aus der Region Stuttgart war Ende 2009 aus Kenia nach Deutschland abgeholt worden, wollte aber gleich wieder nach Somalia reisen. Die Passbehörde entzog ihr daraufhin den Reisepass. dpa

EU-Kommission übt heftige Kritik an Bulgarien

Bulgarien tut nach Ansicht der EU-Kommission nach wie vor zu wenig im Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen im Lande. In einem gestern veröffentlichten Bericht der EU-Kommission heißt es, Bulgarien brauche einen „tiefgreifenden Reformprozess“ im Justizbereich und bei der Korruptionsbekämpfung, um seinen Verpflichtungen als EU-Mitglied gerecht zu werden. Rumänien machte nach Feststellung der Kommission seit Mitte des vergangenen Jahres bessere Fortschritte. dpa

China kündigt Gespräche mit den USA für Ende Mai an

China will wieder strategische und wirtschaftliche Gespräche mit den USA auf ranghoher Ebene führen. Nach Angaben des chinesischen Außenministeriums sollen die Gespräche Ende Mai in Peking stattfinden. Die USA würden durch Außenministerin Hillary Clinton und Finanzminister Timothy Geithner vertreten. Die Beziehungen beider Länder sind seit Wochen belastet, unter anderem weil US-Präsident Barack Obama im Februar den Dalai Lama in Washington empfangen hatte. afp

Somalische Piraten entführen türkisches Handelsschiff

Somalische Piraten haben gestern ein türkisches Handelsschiff mit 21 Mann Besatzung an Bord entführt. Die unter der Flagge Maltas fahrende „MV Frigia“ sei in internationalen Gewässern zwischen den Küsten Somalias und Indiens gekapert worden, berichtete der Nachrichtensender CNN Türk. Die Seeräuber hätten das Schiff etwa 400 Seemeilen (rund 740 Kilometer) außerhalb eines von internationalen Marineeinheiten geschützten Korridors attackiert. An Bord seien 19 Türken und zwei Ukrainer. dpa

Handelsblatt Shop

Rioja-Vorteilspaket

Entdecken Sie unsere Weinpakete – nur so lange der Vorrat reicht!



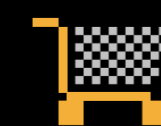
*zzgl. 3,50 Euro Versandkosten

2001er Vinegra Olargui Rioja Reserva Especial DOC 0,75l

Freuen Sie sich auf einen prachtvollen Reserva im schillernden rubinroten Weinkleid. Fruchtaromen von Heidelbeeren, Brombeeren und reifer Pflaume vereinigen sich zu einem wahren Fruchtrausch, untermalt von zarten balsamischen Noten von Leder und Tabak. Am Gaumen präsentiert sich der Wein harmonisch mit seidigen Tanninen und einem schön strukturierten Körper. Ein ausgewogener, rundum feiner Wein.

(Grundpreis Einzelflasche: 26,53 Euro/ltr - Grundpreis Vorteilspaket: 13,26 Euro/ltr)

Jetzt von unserer 3+3-Aktion profitieren!



handelsblatt-shop.com/wein oder gebührenfrei unter 0800.000 20 56

Handelsblatt

Substanz entscheidet.